

Reihe

Res Socialis

Herausgegeben von Alberto Godenzi und Marc-Henry Soulet

Publikationen des Departements Sozialarbeit und Sozialpolitik  
der Universität Freiburg

Band 14

---

Alberto Godenzi (Hrsg.)

**Konflikte**

---

**verbinden**

---

Universitätsverlag Freiburg Schweiz

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

**Konflikte verbinden** / Alberto Godenzi (Hrsg.) [Hrsg. mit Hilfe des Hochschulrates Freiburg, Schweiz und des Rektorats der Universität Freiburg, Schweiz]. – Freiburg, Schweiz: Univ.-Verl., 2001  
(Reihe res socialis; Bd. 14)  
ISBN 3-7278-1324-5

## *Inhaltsverzeichnis*

<i>Verzeichnis der AutorInnen</i>	9
Vorwort	11
1. South Africa: the way ahead after apartheid <i>Ruth Segomotsi Mompati</i>	15
2. Globalisierung – eine friedenspolitische Herausforderung für die Schweiz <i>Ueli Mäder</i>	23
3. Konfliktlösungsstrategien in Bürgerkriegen <i>Edith Marfurt Gerber</i>	39
4. Bedeutung der Medien in ethnopolitischen Konflikten Fallbeispiel: Rwanda <i>Richard Friedli &amp; Michael Widmer</i>	63
5. La contribution des Conventions de Genève de 1949 à la sécurité internationale <i>Michel Veuthey</i>	97

Herausgegeben mit der Hilfe des Hochschulrates Freiburg Schweiz und des Rektorats der Universität Freiburg Schweiz

Die Druckvorlagen der Textseiten wurden vom Herausgeber als reprofähige Vorlage zur Verfügung gestellt.

© 2001 by Universitätsverlag Freiburg Schweiz  
Herstellung: Paulusdruckerei Freiburg Schweiz

ISBN 3-7278-1324-5  
ISSN 1422-4437 (Res socialis)

6. Frauenrechte sind Menschenrechte <i>Regina-Maria Dackweiler</i>	115
7. Sources of conflict between mothers and paid caregivers <i>Carrie L. Yodanis</i>	151
8. Zwischenmenschliche Konflikte aus systemisch-konstruktivistischer Sicht <i>Michael Zirkler</i>	171
9. La médiation familiale et d'autres types de médiation — Tronc commun et branches divergeantes <i>Richard Hill</i>	203
10. Psychoanalyse und Konfliktforschung <i>Peter Dreyfus</i>	231
11. Konflikt, Gewalt und Kooperation <i>Alberto Godenzi</i>	249

## 2

### *Globalisierung – eine friedenspolitische Heraus- forderung für die Schweiz*

Ueli Mäder

Die Globalisierung beinhaltet weltweite Verflechtungen: wirtschaftlich, gesellschaftlich, politisch, kulturell. Sie eröffnet ein sozialräumliches Gesellschaftsbild, das weder territorial noch national gebunden ist. Friedenspolitische Ansätze hoffen auf eine Globalität, die Ausgrenzung und Isolation verhindert. Sie fordern die Schweiz heraus.

Die Globalisierung ist ein altes Phänomen. Rund drei Viertel der Erdoberfläche wurden in den letzten fünfhundert Jahren europäisch kolonisiert. Neu ist der rasante Anstieg des Welthandels. Er hat sich innert zehn Jahren verdoppelt. Die Finanzströme sind noch viel stärker gestiegen. Die Bedeutung der Wirtschaft nimmt zu, der Einfluss der Politik ab. Soziale Verbindlichkeiten schwinden. Institutionelle Korrektive weichen sich auf. Das führt zu Verunsicherungen, die auto-

ritären Strömungen Auftrieb geben. Auf diese Gefahr geht dieser Beitrag ein. Dies auf der Grundlage thesenartiger Bemerkungen zur Globalisierung. Im Vordergrund steht die Frage nach den friedenspolitischen Herausforderungen, die sich für die Schweiz aus den veränderten Rahmenbedingungen ergeben.

### Kennzeichen der Globalisierung

Ich spreche zunächst, stark vereinfacht, wesentliche Kennzeichen der Globalisierung an.

1. Der Welthandel und die Finanzströme sind vorwiegend zentrumsorientiert. Sie klammern weite Bevölkerungsteile aus. Während den siebziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts strebten etliche Länder des Südens eine Abkoppelung (Dissoziation) vom Weltmarkt an. Heute werden sie unfreiwillig losgelöst. Unter diesen Umständen ist es schwierig, aus der Not eine Tugend zu machen und die Produktivkräfte eigenständig zu entfalten. Die Verschlechterung der Austauschbedingungen (terms of trade) bringt vielen so genannten Entwicklungsländern für mehr Exporte weniger Erlös.
2. 1989 ist die Berliner Mauer gefallen. Dieses überwältigende Ereignis steht für das Ende des jahrzehntelangen Konfliktes zwischen Ost und West. Der Rückgang der Systemkonkurrenz hat einen gewaltigen Liberalisierungsschub erwirkt. Das Kapital fließt nun ungehinderter dorthin, wo es sich optimal verwerten lässt. Investitionen verlagern sich in

den Osten. Die Öffnung der Grenzen führt zu neuen Schliessungstendenzen gegenüber dem Süden.

3. Europa war bis ins zwanzigste Jahrhundert hinein das Epizentrum der Weltmacht. Mit den Vereinigten Staaten und Japan bzw. dem asiatischen Raum sind mittlerweile neue Zentren entstanden. Die trilaterale Konstellation verschärft das internationale Gerangel um Standortvorteile. Der Abbau innerer Zollschränke und die weitere Erschließung der Binnenmärkte sollen die Chancen verbessern, sich auf dem globalen Parkett zu behaupten. Die gesteigerte Konkurrenz erhöht den Rationalisierungsdruck. Neue Technologien sorgen für mehr Produktivität. Sie ersetzen unzählige menschliche Arbeitskräfte. Die rivalitätsbedingte Flucht nach vorn belastet auch die Umwelt. Ein Fünftel der Menschen leben in den reichen Industrieländern. Sie verbrauchen vier Fünftel der Weltenergie. Der Treibhauseffekt und die Erwärmung der Erdoberfläche lassen den Meeresspiegel ansteigen. Sie dürften in drei Jahrzehnten weitere dreihundert Millionen Menschen zur Migration zwingen.
4. Es gibt Theorien der Modernisierung, die immer noch annehmen, dass das zentrumsorientierte Wachstum allmählich ins Hinterland durchsickere. Doch der erhoffte Effekt lässt vielerorts auf sich warten. Drei Milliarden Menschen leben mit weniger als zwei Dollar pro Tag. Ihr gesamtes Einkommen liegt deutlich unter dem, was fünfhundert private Milliardäre versteuern. Die Globalisierung weitet die Kluft zwischen Arm und Reich aus. Sie

"refeudalisiert" die Besitzverhältnisse und bedeutet auch Entsolidarisierung. Wenn die grosse Freiheit in erster Linie die Freiheit der Grossen meint, dann bedroht sie den sozialen Zusammenhalt.

5. Die Globalisierung gefährdet demokratische Sicherheiten. Sie schwächt staatliche Einrichtungen. Wenn sich transnationale Konzerne und Finanzströme dem politischen Korrektiv entziehen, geraten Staaten in ruinöse Standortwettkämpfe untereinander. Sie fangen an, selber wie Unternehmen zu funktionieren und unterlaufen politische Grundlagen, wie sie gegen Mitte des siebzehnten Jahrhunderts nach dem dreissigjährigen Krieg (1648) vereinbart wurden. Knapp zusammengefasst: Das Territorialprinzip gewährt feste Grenzen, das Souveränitätsprinzip ein staatliches Gewaltmonopol, das Legalitätsprinzip ein verbindliches Vertragswesen.
6. Die Aufweichung demokratischer Prinzipien führt zu einer Verunsicherung. Sie erhöht den Ruf nach einer starken Hand, die für Ordnung sorgen soll. Je komplexer die gesellschaftlichen Strukturen sind, desto grösser ist die Verlockung, zu simplifizieren statt zu differenzieren. Heute handeln, morgen denken, heisst das gefährliche Muster. Es ist die Kehrseite des isolationistischen Rückzugs. Die Globalisierung gibt somit autoritären und fundamentalistischen Strömungen Auftrieb. Sie stärkt aber auch zivilgesellschaftliche Bewegungen, die nicht anti-staatlich definiert sind, sich zunehmend international vernetzen und grosse Hoffnungen wecken.

7. Die Globalisierung verschärft soziale Gegensätze und Differenzierungsprozesse. Dies auch in den Metropolen selbst. Nach dem zweiten Weltkrieg erlebten wohl breite Bevölkerungskreise eine materielle Besserstellung. Seit den rezessiven Einbrüchen der siebziger Jahre fährt der Lift jedoch längst nicht mehr für alle aufwärts. Die Rationalisierung der Produktion bringt, wenn es mit der Verteilung hapert, Erwerbslosigkeit mit sich. Zudem steigen die Lebenshaltungskosten (für Nahrung, Mieten, Gesundheit) rascher als Teile der unteren Einkommen. Und das System der sozialen Sicherheit, das zwar relativ gut ausgebaut ist, hält mit dem Wandel der Lebensformen nicht Schritt. Es geht von Voraussetzungen aus, die je länger desto weniger zutreffen. Wir haben weder Vollbeschäftigung mit lückenlosen Erwerbsbiographien, noch mehrheitlich klassische Familien, bei denen ein Einkommen für einen ganzen Haushalt ausreicht. Da öffnet sich eine Kluft, die selbstverständlich nur bedingt der Globalisierung anzulasten ist.

### Friedenspolitische Herausforderungen

Die Globalisierung widerspricht in mehrfacher Hinsicht dem kategorischen Imperativ. Der Lebensstil der Reichen lässt sich allein schon aus ökologischen Gründen nicht weltweit nachahmen. Er ist nicht sozialkompatibel und fusst auf einem elitären Verständnis von Freiheit. Mehr Gerechtigkeit wäre demgegenüber keine Antithese zur Freiheit, sondern ihre Voraussetzung. Aber wie lässt sie sich erreichen? Und gibt es

auch Tendenzen der Globalisierung, die eher die egalitären Anliegen fördern?

Nun, die erwähnten Kennzeichen und Folgen der Globalisierung sind kein Naturgesetz. Alternativen drängen sich im Sinne einer selektiven Globalität auf. Die Schweiz könnte sich beispielsweise für eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung einsetzen. Wenn die Preise für industriell gefertigte Güter steigen, wären auch jene für Rohstoffe anzuheben. Laut UNO würde die Hälfte des so erzielbaren Mehrerlöses genügen, um die existenziellen Bedürfnisse weltweit zu decken. So liessen sich Globalität und Solidarität verknüpfen. Die Schweiz profitiert seit Jahrzehnten von der Einfuhr günstiger Rohprodukte. Faire Preise könnten die Situation in der "Dritten Welt" erheblich verbessern. Friedenspolitik ist Entwicklungspolitik. Zwar gibt es Modernisierungstheoretiker, die einwenden, die Mehreinnahmen kämen lediglich einheimischen Eliten zugute. Das mag teilweise zutreffen, darf aber nicht als Vorwand dienen, um keine gerechteren Preise zu bezahlen. Stabile Abnahmequoten und Preise könnten wirtschaftlich schwach entwickelten Ländern helfen, ihre Produktionsstruktur aufzufächern und die Abhängigkeit von einzelnen Exportprodukten zu mindern. Mehr (Verteilungs-) Gerechtigkeit erhöht die ökonomische Effizienz. Das Postulat bezieht sich ebenfalls auf die Kapitalströme. Für die Devisentransfers schlägt die UNO eine Tobin-Steuer vor.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Zum Vorschlag der "Tobin-Steuer": Die globalen Devisentransaktionen machen jährlich über 300 Billionen US-Dollar aus. Die Vereinten Nationen haben errechnet, dass die Besteuerung der

Wie aber kann die UNO ihre Ideen verwirklichen? Trotz grossem Handlungsbedarf besteht eine Kluft zwischen Absichtserklärungen und konkreter Umsetzungspraxis. Die mangelnde Durchsetzungsfähigkeit hängt mit legitimatorischen Schwierigkeiten zusammen. Eine wichtige friedenspolitische Herausforderung besteht deshalb für die Schweiz darin, sich für eine Aufwertung der UNO (und der Menschenrechte) einzusetzen. Damit plädiere ich für keine Weltregierung. Wenn sich die wirtschaftlichen Kräfte konzentrieren, braucht es jedoch ein politisches Gegengewicht. Die UNO kann diese Aufgabe wahrnehmen. Wer sonst? Die UNO ist – trotz Schwächen – demokratisch am besten abgestützt. Sie ist am ehesten in der Lage, soziale und ökologische Auflagen weltweit durchzusetzen. Um dieses Ziel zu erreichen, drängt sich eine enge Zusammenarbeit mit Nicht-Regierungsorganisationen und zivilgesellschaftlichen Institutionen auf. Der internationale Ausgleich gehört zu den zentralen Herausforderungen der Globalisierung. Eine globale Entwicklungspolitik muss die Kluft zwischen Nord und Süd weltweit überbrücken.

---

globalen Devisentransaktionen mehrere hundert Millionen Dollar einbringen würde. Damit liessen sich öffentliche Aufgaben wie Umweltschutz, Entwicklungshilfe und die Arbeit der Vereinten Nationen finanzieren (EPD, Nr.1/1997).

## Sozialer Ausgleich

Friedenspolitik ist auch als regionale Sozialpolitik zu verstehen. Die Erwerbszeit beträgt in den westlichen Industriestaaten weniger als einen Zehntel der Lebenszeit. Der Anteil hat sich innert eines Jahrhunderts mehr als halbiert. Die Verkürzung der Erwerbszeit eröffnet neue Perspektiven. Doch je knapper die Erwerbsarbeit wird, desto mehr klammern sich Werktätige daran. Dies auch deshalb, weil – in der Schweiz besonders ausgeprägt – das System der sozialen Sicherheit eng mit der Erwerbsarbeit verknüpft ist. Ein Vorschlag zielt daher darauf ab, ein garantiertes Grundeinkommen einzuführen, das alle Lebenslagen berücksichtigt und die Einkommen von der Erwerbsarbeit entkoppelt. Aber wer will dann noch arbeiten?

Materielle Anreize sind nicht der einzige Grund für unsere Erwerbstätigkeit. Diese behält auch bei einem garantierten Grundeinkommen einen hohen Stellenwert. Einbussen bei der Produktion sind verkraftbar und aus ökologischen Gründen sinnvoll. Unattraktive Arbeiten müssen besser entlohnt und verteilt werden. Das Grundeinkommen ermöglicht unbürokratische Überbrückungshilfen. Wer in Schwierigkeiten gerät und keine Reserven hat, muss nicht zuerst auf ein Niveau abdriften, das offizielle Hilfe erlaubt. Das Grundeinkommen erweitert auch persönliche Spielräume. Es entlastet von einem Anpassungsdruck, der viele Notleidende überfordert. Soziale Risiken werden auf die ganze Gesellschaft verteilt. Das Grundeinkommen relativiert auch die einseitige Erwerbsorientierung, die soziale Fertigkeiten verkümmern lässt, und vermindert

psychosomatische Erkrankungen. Wer Freiräume hat, leidet weniger. Soweit mögliche Vorteile. Aber aufgepasst, bei einem Grundeinkommen lassen sich die Preise erhöhen und die Löhne senken. Der Sozialstaat muss die Differenz übernehmen und hohe Mietzinse abfedern. Damit sich Menschen möglichst selber über Wasser halten können, sind existenzsichernde Löhne und eine ausgewogenere Verteilung der Arbeit nötig.

Weithin akzeptiert ist die Ausdehnung der Sozialversicherungen auf Betreuungsaufgaben. Daran lässt sich anknüpfen. Ein Recht auf sinnvolle Arbeit kann den Anreiz erhöhen, mehr soziale Investitionen zu tätigen. Das Grundeinkommen ermöglicht selbstbestimmte Tätigkeiten, die sich der Verberuflichung und Vergeldlichung entziehen. Neue soziale Bewegungen leisten autonome, bedürfnisorientierte Selbsthilfe. Kooperationsringe und zivilgesellschaftliche Einrichtungen vernetzen sich. Die Entkoppelung von Arbeit und Lohn begünstigt eine Freiwilligkeit, die ein multiaktives Leben fördert. Ich halte die hier angedeutete Debatte über ein Grundeinkommen für wichtig. Sie dynamisiert die langwierige Diskussion über die Reformen der Sozialversicherungen. Auch wenn noch viele Fragen offen sind, lassen sich erste Schritte bereits heute einleiten. Ich denke an die Ausweitung der Ergänzungsleistungen auf einkommensschwache Haushalte. Die Schweiz kann sich das erlauben. Sie gibt heute rund einen Fünftel des Bruttoinlandproduktes für die Sozialleistungen aus und befindet sich damit am unteren Ende aller eu-

ropäischen Länder.<sup>2</sup> Wenn die Sozialversicherungen, wie (vom bundesrätlichen IDA-FISO-Bericht) prognostiziert, im Jahr 2010 eine Finanzierungslücke von rund vier Milliarden Franken aufweisen, dann entspricht dieser Betrag einem Promille der Vermögen, die derzeit auf Schweizer Banken lagern.

### Neue Verbindlichkeit

Die Schweiz hält sich bei internationalen Verhandlungen zurück, wenn südliche Länder verbindlichere Austauschbedingungen (oder den Zugriff auf Flucht-gelder) fordern. Sie schützt ihre privilegierte Stellung. Der freie Handel nützt vornehmlich den wirtschaftlich starken Staaten. Damit humanitäre Massnahmen aber nicht zum Alibi verkommen, muss sich die Schweiz selbstkritisch mit ihrer teilweise selbstgerechten und isolationistischen Haltung auseinandersetzen. Hilfreich ist eine aktive Konfliktforschung, die das eigene Tun mitreflektiert und ein Konfliktmanagement unterstützt, das nicht nur auf der Makroebene gute Dienste anbietet. Wir alle sind, was den Umgang mit Konflikten betrifft, mehr oder weniger Analphabeten. Wir sind von Kindesalter an daran gewöhnt, von vermeintlichen Schwächen anderer zu profitieren. Das korrumpiert und be-

<sup>2</sup> Die Sozialleistungsquote der EU-Länder liegt durchschnittlich 5 Prozent über jener der Schweiz. Sie umfasst den Anteil der Ausgaben der Sozialversicherungen am Bruttoinlandprodukt (BIP). Die Soziallastquote beinhaltet hingegen alle Einzahlungen für die Sozialversicherungen. Sie macht in der Schweiz rund 25% des BIP aus.

einträchtigt das solidarische Handeln. Wir lernen in der Schule lesen, schreiben und vieles andere mehr. Aber wie steht es mit einfachen Verfahren der Selbstreflexion und -evaluation? Hier besteht grosser Nachholbedarf. Ich habe viele nützliche Methoden erst nach Abschluss meines sozialwissenschaftlichen Studiums in der psychotherapeutischen Zusatzausbildung und in der beruflichen Praxis der Sozialen Arbeit kennen gelernt. Bei Kaderseminaren fällt mir auch immer wieder auf, wie spät viele Männer entdecken, soziale Fertigkeiten vernachlässigt zu haben. Sie gestehen sich dann beispielsweise ein, im Leben hauptsächlich nach Sozialprestige getrachtet und viel dafür getan zu haben, jemand zu werden, den sie selber gar nicht recht mögen. Das muss nicht sein. Dazu gibt es Alternativen.

Als Bub litt John Franklin (1786-1847) darunter, nicht so rasch auf Bäume klettern zu können wie andere, die ihn wegen seiner Behinderung auslachten (Nadoldny, 1998). Mit der Zeit entdeckte er aber die Vorzüge seiner Langsamkeit. Ein geduldiger Lehrer half ihm dabei und vermittelte ihm eine simple Erkenntnis: Wer etwas lange und aus verschiedenen Blickwinkeln anschaut, sieht oft mehr. John machte physikalische Experimente, studierte Schiffskonstruktionen und Landkarten. Als demokratischer Gouverneur von Tasmanien trat er später für die Menschenrechte ein. Bekannt wurde John Franklin durch seine Antarktisforschungen. Auf seinen Reisen machte er die Erfahrung, dass Frieden dort entsteht, wo Menschen langsam aufeinander zugehen. Seine Behinderung erwies sich dabei als Chance. Nicht zu verwechseln ist John Franklin mit Benjamin Franklin (1706-1790), dem Vater des moder-

nen Zeitmanagements. «Zeit ist Geld», lautete dessen Motto.

Wer aber hat nicht Mühe damit, sich Zeit zu nehmen und sich gut und wertvoll zu fühlen? Überforderung erhöht die Labilität des Selbstwertgefühls. Die moralistische Tradition unserer westlichen Kultur manipuliert mit Schuldgefühlen. Der Normenkodex, an dem das heranwachsende Kind sein Verhalten misst, übersteigt seine realen Möglichkeiten. Das Leistungsprinzip ist oft ein Moralprinzip der Triebunterdrückung. Gemäss Psychoanalytiker Horst-Eberhard Richter halten Autoritätspersonen die Angst des Ungenügens wach. Egalitäre Prozesse werden als bedrohlich erlebt. Andere scheinen nur darauf zu lauern, einen zu verurteilen. Die Angst verkörpert auch den latenten Selbsthass, den alle mit sich herumtragen. Die ewigen Befürchtungen blockieren das Bedürfnis nach spontanem Kontakt. Die Angst vor Ablehnung zwingt zu Anpassungsleistungen. Erwartungen werden erfüllt, um Fassaden zu erhalten.

Persönlich hilft der Blick in die Sterne, Distanz zu fremdbestimmten Zielen zu gewinnen. Wir sind dann weniger nervös, wenn wir beim Fotokopieren eine Minute lang warten müssen. Die Welt geht nicht unter, wenn sich dies oder jenes nicht auch noch erledigen lässt. Dieser Gedanke wirkt entlastend, hält aber nicht lange an. Der Alltag holt uns bald wieder ein. Doch was verlieren wir, wenn wir nicht gewinnen? Wir verlieren ein Stück jener Fassade, die uns zu trügerischer Selbstsicherheit verleitet. Wir verlieren etwas von dem Konkurrenzzwang, der selbstquälerische Missgunst mit sich bringt. Wir verlieren etwas Sozialprestige, Anerken-

nung, Privilegien, Geld, Einfluss, Macht. Und was gewinnen wir? Ein wenig Bescheidenheit, die von anmassender Omnipotenz entlastet; Autonomie, die sozial eingebunden ist; mehr Selbstdefinition, die uns fremde Erwartungen kritisch prüfen lässt. Wir gewinnen Gelassenheit, Solidarität und Rückhalt durch Menschen, die sich wirklich verbunden fühlen. Wir gewinnen an einer Identität, die Widersprüche nicht glättet, sondern zulässt, und zwar ohne in Beliebigkeit abzugleiten.

Wir können persönlich versuchen, die Langsamkeit zu entdecken und partnerschaftlich die Haus-, Betreuungs- und Erwerbsarbeit zu teilen. Damit diese individuellen Anstrengungen breitenwirksam zum Tragen kommen, sind, wie bereits erwähnt, die Erwerbszeit zu kürzen, die unteren Löhne anzuheben, die Grundsicherung auszuweiten und die Betreuungsarbeiten in die Sozialversicherungen aufzunehmen. Hinzu kommt der Vorschlag, eine Sozialzeit einzuführen. Jugendliche könnten beispielsweise nach ihrer ersten Ausbildung ein soziales Praktikum machen und die erworbenen Fähigkeiten zeitlebens anwenden. Wer mit Kindern spielt, alte Menschen pflegt, Fenster selber putzt und die Realitäten von Benachteiligten sinnlich wahrnimmt, lässt sich weniger von einer gewinnträchtigen Konsumkultur leiten, welche die Welt als globales Spielcasino betrachtet und die Menschen nach ihrer Kaufkraft beurteilt.

Bei der postulierten Sozialzeit geht es allerdings nicht darum, die professionelle soziale Arbeit zu konkurrenzieren. Da braucht es weitere qualitativ anspruchsvolle Arbeitsplätze. Diese lassen sich ergänzen,

nicht ersetzen. Es wäre fahrlässig, sozialstaatliche Leistungen zu reduzieren, um so das persönliche Engagement und die Selbstorganisation zu fördern. Die Selbsthilfe kommt dort zum Tragen, wo eine gute soziale Infrastruktur vorhanden ist. Wer das Wasser am Hals hat, ist nur beschränkt in der Lage, sich für gesellschaftliche Interessen einzusetzen. Er ist auf Unterstützung und Vernetzungsangebote angewiesen. Die Autonomieebenen der Sechzigerjahre haben sich stark am Individuum orientiert. Sachliche Distanziertheit sollte die «Kuhstallwärme der Gemeinschaft» (Theodor Geiger) ablösen. Mittlerweile ist es aber allzu «cool» und anonym geworden. Da und dort nimmt deshalb die Bereitschaft zu, verbindlichere soziale Beziehungen einzugehen. Solidarische Netze versuchen sich dem "Zeitalter des Narzissmus" zu entziehen. Sie halten die Selbstbestimmung hoch und lehnen die Fiktion eines ungebundenen Selbst ab. Genossenschaftliche Ansätze erleben da und dort eine kleine Renaissance. Sie streben eine Stärkung der zivilen Gesellschaft an. Ob sie sich durchsetzen, hängt auch davon ab, wie wir uns als Einzelwesen verhalten. Die Selbstfürsorge und gesellschaftliche Emanzipation bedingen sich gegenseitig. Die Verknüpfung ist schwierig. Sie fordert uns heraus. Dies im Sinne des Wandspruches: Wir scheitern nicht an den Niederlagen, die wir erleiden, sondern an den Auseinandersetzungen, die wir nicht wagen.

## Literaturverzeichnis

- Beck, U. (1998). *Perspektiven der Weltgesellschaft*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Dahrendorf, R. (1998). Anmerkungen zur Globalisierung. In: U. Beck (Hrsg.), *Perspektiven der Weltgesellschaft* (S. 41-55). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Mäder, U. (1999). *Für eine solidarische Gesellschaft*. Zürich: rpv.
- Nadoldny, S. (1998). *Die Entdeckung der Langsamkeit*. München/Zürich: Piper.
- Richter, H. E. (1975, Orig. 1974). *Lernziel Solidarität*. Zürich: Ex Libris.